

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremerhaven**



Eine Stadt für alle!

Kommunalwahlprogramm 2011 - 2015

Unser Bremerhaven "Eine Stadt für alle"	Seite 1
KAPITEL I	
„Eine Stadt für alle“ – Für eine aktive Wirtschaftspolitik	Seite 2
„Eine Stadt für alle“ – Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik	Seite 6
KAPITEL II	
"Eine Stadt für alle" für eine aktive Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik	Seite 8
Bildungschancen erhöhen	Seite 9
„Eine Stadt für alle“ heißt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.	Seite 12
Gesundheit	Seite 13
Teilhabe für Menschen mit Behinderung	Seite 14
Soziales	Seite 15
KAPITEL III	
"Eine Stadt für alle" - lebenswert, mobil, sicher und nachhaltig Stadtentwicklung	Seite 16
Wohnungspolitik	Seite 19
Umweltschutz	Seite 20
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)	Seite 21
Öffentliche Verwaltung/Dienstleistungen	Seite 22
Polizei	Seite 23
Justiz	Seite 24
Feuerwehr	Seite 24
Starker Sport - starke Stadt	Seite 24
Kunst und Kultur	Seite 25
„Eine Stadt für alle“ – Bürgerbeteiligung, Stärkung demokratischer Strukturen	Seite 26
Finanzen	Seite 27

Unser Bremerhaven “Eine Stadt für alle“

Unser Bremerhaven hat sich in den letzten 4 Jahren weiter positiv entwickelt. Der Strukturwandel in unserer Stadt mit den beiden wirtschaftlichen Standbeinen Windenergie und Tourismus ist eine Erfolgsgeschichte. Seit 2004 konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bremerhaven um 9,4 % auf 46.000 gesteigert werden. Mit der Eröffnung des Klimahauses 8° Ost ist Bremerhaven endgültig zu einer festen Größe im deutschen Städtetourismus geworden. Durch die Havenwelten und die damit verbundenen positiven Veränderungen in der Stadtmitte, hat Bremerhaven weit über die Region hinaus an Aufmerksamkeit gewonnen, was sich ganz konkret in den wachsenden Touristenzahlen niederschlägt.

Die Offshore-Windenergie-Industrie hat weiteren Auftrieb erhalten. Mittlerweile sind in diesem Industriezweig weit mehr als 1.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. In den nächsten Monaten sollen weitere 700 dazu kommen, ein Ende des Booms ist nicht abzusehen.

Zwar konnte die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in der Vergangenheit gesteigert werden, dennoch haben wir mit ca. 17 % noch zu viele Arbeitslose. Diesen Menschen wieder Hoffnung zu geben, eine Perspektive zu eröffnen und sie in Lohn und Brot zu bringen, ist daher die vordringlichste Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Mit dem Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt selbständig entschieden, welche Projekte in ihren Stadtteilen im Sinne des Gemeinwohls umgesetzt werden sollten. Auch im Bereich der Förderung von Kinder und Jugendlichen gab es erhebliche Fortschritte.

Das Angebot von Krippen- und Kindergartenplätze wurde ausgebaut. Ein Schulentwicklungsplan wurde beschlossen und zahlreiche Schulen wurden neu- und umgebaut. Bremerhaven hat jetzt ein eigenes Kunstmuseum.

Die Lebensqualität hat sich in vielen Bereichen zwar nachhaltig verbessert; dennoch gibt es für die Zukunft noch große Herausforderungen.

Finanzielle Handlungsfähigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit. Damit Spielräume zur Umsetzung unserer politischen Ziele erhalten bleiben und geschaffen werden können, müssen wir den erfolgreich eingeschlagenen Weg des Strukturwandels in Bremerhaven fortsetzen.

Bremerhaven hat sich im Verbund mit Bremen dazu verpflichtet, die jährliche Neuverschuldung schrittweise bis 2020 auf Null zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir neue Wege gehen. Dazu sind Kreativität und Engagement gefragt. Denn wir müssen trotz eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten weiter investieren und die Stadt lebenswert erhalten. Die Zeit der öffentlich geförderten Investitionsschlachten ist ohne Frage vorbei, und Einschnitte im Haushalt werden angesichts des Spardrucks in den nächsten Jahren unvermeidlich sein. Doch sie dürfen nicht dazu führen, dass wir unsere Stadt kaputt sparen.

„Eine Stadt für alle“ bedeutet in allen Politikschwerpunkten darauf zu achten, dass die Menschen, egal in welcher Lebenssituation sie sich befinden, im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik stehen.

KAPITEL I

„Eine Stadt für alle“ – Für eine aktive Wirtschaftspolitik

Der Abbau von Arbeitslosigkeit bleibt in Bremerhaven eine vorrangige politische Aufgabe. Mit immer noch nahezu 10.000 gemeldeten Arbeitslosen, davon 8.000 Langzeitarbeitslose, gehört die Stadt im bundesweiten Vergleich nach wie vor zu den Krisenarbeitsmärkten. Kommunale Arbeitsmarktpolitik muss sich auf die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt konzentrieren und kann Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik nur ergänzen und unterstützen, nicht ersetzen. Der Motor zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze bleibt eine aktive Wirtschaftspolitik. Bremerhaven befindet sich in einer Phase der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, nachdem seit dem Jahr 2000 entscheidende wirtschaftsstrukturelle Weichen für einen positiven Strukturwandel gestellt wurden.

Bremerhaven hat sich ein authentisches und scharfes Standortprofil gegeben; dieses zeigt sich insbesondere in der Konzentration auf folgende wirtschaftliche Schwerpunktbranchen:

1. Hafenwirtschaft/Umschlagsunternehmen
2. Offshore-Windenergie
3. Fisch- und Lebensmittelwirtschaft
4. Maritime Wirtschaft und Werften
5. Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen
6. Maritimer Städtetourismus

Eine vordringliche Aufgabe weiterer Standortentwicklung bleibt es, über die Schaffung weiterer Arbeitsplätze Bremerhaven auch als Wohn- und Lebensraum wieder interessant zu machen, um den Bevölkerungsverlust der vergangenen Jahre zu stoppen.

1. Hafenwirtschaft/ Umschlagsunternehmen

Neben der Konsolidierung und dem weiteren Ausbau der Umschlagsvolumina im Automobil- und Containerbereich gilt es für die Umschlagsunternehmen weitere Branchen und Umschlagsgüter für den Standort Bremerhaven zu finden. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Windenergieumschlags.

Die Anbindung des Container- und Automobilterminals an die BAB 27 mit dem innerstädtischen Nord-/Südverkehr genießt daher höchste Priorität. Wir wollen die Planfeststellungsverfahren zügig erarbeiten und anschließend eine schnelle Umsetzung der Maßnahme einleiten.

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird deutlich, dass die Flächenreserven im Industriegebiet LogInPort ab 2015 aufgezehrt sein werden. Daher wollen wir frühzeitig weitere Gewerbeflächen ggf. auch nördlich von Bremerhaven mit den Nachbarkommunen erschließen.

2. Offshore-Windenergie

Anfang 2011 beschäftigen die vier großen Windenergieunternehmen bereits über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Bremerhaven. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten führt dazu, dass der Standort Bremerhaven auch für Zulieferer von kleineren Komponenten interessant wird. Wir wollen diese Ansiedlungen unterstützen. Für die Expansion der bereits angesiedelten Unternehmen, aber auch für die Ansiedlung weiterer Unternehmen ist es zwingend notwendig und kurzfristig erforderlich, dass im südlichen Bremerhaven/Fischereihafen (Luneort) weitere Gewerbeflächen infrastrukturell erschlossen werden, so dass den ansiedlungsinteressierten Unternehmen auch tatsächlich Gewerbeflächen angeboten werden können.

Neben der Erschließung im Bereich Luneort werden wir die Erschließungsplanungen auf der Luneplate und hinter dem Offshore-Terminal weiter vorantreiben. Neben der Produktion der Anlagen kommt der Lösung der logistischen Herausforderung eine zentrale Bedeutung zu. Wichtiger Baustein hierbei ist das Offshore-Terminal vor den Schleusen am seeschifftiefen Wasser, um die breiten Installationsschiffe und die überbreiten Komponenten vormontieren und umschlagen zu können.

Die Planungen sind in Bremerhaven weiter zügig voranzutreiben, so dass möglichst 2012 mit einem Planfeststellungsbeschluss das Planungsverfahren abgeschlossen werden kann. Der Offshore-Hafen genießt Priorität, im Bereich des Flugplatzes Luneort sollte möglichst viel Flugverkehr gehalten werden können, und insbesondere die Heliport-Nutzung sollte möglich bleiben.

3. Fisch- und Lebensmittelwirtschaft

Der Fischereihafen ist Bremerhavens größtes und wichtigstes Gewerbegebiet. Kernbranche und wichtigster Arbeitgeber im Fischereihafen ist die Lebensmittelwirtschaft mit dem Schwerpunkt Fischwirtschaft. Die Spannweite dieses Wirtschaftszweiges ist geprägt von handwerklichen Kleinbetrieben bis hin zu Verarbeitungsunternehmen. Unschätzbare Vorteil dieser Branche ist die große Vernetzung untereinander sowie mit den am Standort angesiedelten Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben. Die Lebensmittelbranche verfügt über eine hohe Innovationsfähigkeit und qualitativ hochwertige Produkte. Sie zeichnet sich aus durch eine stabile Wettbewerbsposition und ihren engagierten Einsatz für nachhaltige Fischerei und Schonung der Umwelt.

Um den Lebensmittelstandort auf diesem hohen qualitativen Niveau zu halten, sind die Rahmenbedingungen durch Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturpolitik so positiv zu gestalten, dass die Unternehmen dem Standort die Treue halten. Dabei ist die Rolle der Fischereihafenbetriebsgesellschaft als Dienstleister und Ansprechpartner im Fischereihafen zu erhalten.

Durch die Schaffung von Netzwerk- und Kooperationsstrukturen mit den lokalen Forschungs- und Entwicklungsanbietern (FuE) wie beispielsweise ttz (Technologie-Transferzentrum), Hochschule mit dem Studiengang Lebensmitteltechnologie sowie Biotechnologiezentrum Bio Nord mit dem produzierenden Gewerbe im Fischereihafen soll das Innovationspotenzial durch Technologietransfer verstärkt werden.

Das „Schaufenster Fischereihafen“ hat eine wichtige Funktion bei der Vermittlung des Standortes als europaweit bedeutendstes Zentrum der Lebensmittel-/Fischverarbeitung. Der Masterplan Schaufenster Fischereihafen ist insofern weiter umzusetzen. Das Profil des Standortes mit seinem Alleinstellungsmerkmal „Fisch“ muss durch eine an den Besucherinteressen und Anforderungen angemessene Neukonzeption und Reattraktivierung des Forum Fischbahnhof gestärkt werden.

Auf Bundes- und europäischer Ebene sollen die Erfolg versprechenden Ansätze einer nachhaltigen Fischereipolitik unterstützt werden.

4. Maritime Wirtschaft und Werften

Nach dem Niedergang des Bremer Vulkans und den darauf folgenden Insolvenzen hat sich der Werftstandort Bremerhaven umstrukturiert. Von einem Neubau- zu einem Reparatur- Wartungs- und Servicestandort. Unternehmen wie BREDO, MWB, Rickmers- sowie Lloydwerft stellen mit ihrer vielfältigen Dock-Kapazität inzwischen einen der größten Werftstandorte in Nordeuropa dar. Die Offshore-Windenergie wird zunehmend zu einem wichtigen Auftraggeber und Kooperationspartner der Bremerhavener Werften.

Die Bremerhaven anlaufenden Schiffe werden immer größer, so dass zunehmender Bedarf an einem Groß-Dock in Bremerhaven besteht. Ein solches Dock kann jetzt nach dem Ausbau der Kaiserschleuse im Kaiserhafen III errichtet werden. Die vorhandenen Reparatur- und Wartungswerften bieten die ideale Basis für die Service-Flotte der Offshore-Windparks. Es können dort Komponenten gelagert und repariert werden, die Werften verfügen über die direkte Kajenanbindung der Werkstätten und Lagerhallen, und das benötigte personelle Know-how ist ebenfalls vorhanden. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt ist hierbei allerdings nicht darstellbar.

5. Forschung und Entwicklung/Wissenschaftliche Dienstleistungen

Bremerhaven verfügt mittlerweile mit dem AWI (Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung), der stetig wachsenden und sich immer stärker auch überregional profilierenden Hochschule Bremerhaven, dem IWES (Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik), dem ttz, dem IMARE (Institut für marine Ressourcen), dem ZAF (Zentrum für Aquakulturforschung), dem Design-Labor, dem Deutschen Schifffahrtsmuseum, dem ISL (Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik) und demnächst dem von-Thünen-Institut für Seefischerei und Fischereiökologie über eine beeindruckende Forschungs- und Ausbildungslandschaft.

Um diese Institute herum haben sich junge, technologieorientierte Ausgründungen und Dienstleister für die Institute in den Technologiezentren TIMEPort, Bio Nord, Windhaus sowie maritime FuE-Meile angesiedelt.

Nach der sehr dynamischen Entwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremerhaven gilt es, die Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in Bremerhaven überregional stärker zu kommunizieren um diese weiter zu stärken und auszubauen, dies gilt insbesondere für die Hochschule Bremerhaven.

Eine weitere Aufgabe besteht in der noch engeren Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um den Technologietransfer in die Region zu verstetigen und zu intensivieren.

6. Maritimer Städtetourismus

In Bremerhaven hat sich in den letzten Jahren eine Menge bewegt: Früher stand Bremerhaven für Fisch und Schiffe. Heute sind wir die Klimastadt, die Stadt des Deutschen Auswandererhauses und ein maritimes Handelstor zur Welt. Bremerhaven bewältigt den Strukturwandel: Mit den notwendigen Investitionen in die Havenwelten rüsten wir unsere Stadt für die Zukunft. Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche der Stadtentwicklung: Der Tourismus ist dabei von besonderer Bedeutung.

Bremerhaven lebt auch von seinen Besuchern. Von Menschen, die kommen und bleiben. Und gerne wiederkommen. Wir leben von faszinierenden Begegnungen und von sehr bewegenden Erfahrungen. Bremerhaven ist schon immer eine weltoffene Stadt gewesen. Wir haben davon immer profitiert und das werden wir auch künftig: Wir Sozialdemokraten werden auch weiterhin mit Augenmaß investieren in eine Stadt, die lebenswert ist – für unsere Gäste, aber auch für uns selbst.

Bremerhaven soll aber auch noch stärker ein Ziel für Bildungsreisende werden: Schon jetzt planen viele Besucher während eines Aufenthalts in unserer Stadt einen Besuch im Klimahaus, im Deutschen Auswandererhaus und im Zoo am Meer ein. Das wollen wir weiterentwickeln.

Weil die „jungen“ Senioren auch in den kommenden Jahren der Wachstumsmotor des Tourismus bleiben werden, soll dies bei unseren touristischen Planungen berücksichtigt werden: Schon 2025 wird fast die Hälfte aller Nutzer älter als 50 Jahre sein und dazu finanziell unabhängig, reiselustig und mobil. Wir wollen diesem Lebensgefühl mit einer erlebnisreichen Seestadt Bremerhaven Ziel und Heimat geben.

Da immer mehr Familien Kurzurlaube mit einem Mix aus Unterhaltung und Lernen planen, wollen wir entsprechende Angebote auch in Bremerhaven noch stärker entwickeln. Dabei wollen wir dort, wo entsprechende Angebote noch fehlen, nachlegen und Bestehendes weiterentwickeln. Ziel aller tourismuspolitischen Überlegungen soll es sein, die Verweildauer unserer Gäste in Bremerhaven zu steigern. Dazu ist es erforderlich, die Hotelkapazitäten den Bedürfnissen anzupassen.

Im Columbus Cruise Center betreten jährlich viele zigtausend Menschen den Boden unserer Stadt. Wir wollen ihnen Angebote machen, um die Verweilzeit in Bremerhaven zu erhöhen. Wir wollen für uns bei dieser Gelegenheit werben, weil wir wissen, dass viele, denen es hier gut gefallen hat, gerne wiederkommen und gut von uns erzählen.

Letztlich ist eine Stadt wie Bremerhaven nur dann lebenswert und ein Erlebnis wert, wenn wir alle glaubwürdige Botschafterinnen und Botschafter sind: Nur wer selbst gut lebt, erzählt mit Freude und glaubwürdig von der Erlebnisstadt Bremerhaven. Deshalb gehört für uns zu unserer tourismuspolitischen Konzeption unverzichtbar dazu, unsere Stadtteile und Quartiere attraktiver zu gestalten.

Weiter ist zu prüfen, ob und wie die Offshore-Windenergie sowie die Polar- und Meeresforschung/Klimaforschung, die ein Aushängeschild unserer Stadt sind, der touristischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

„Eine Stadt für Alle“ – Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Vorrangig geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen und benachteiligten Personengruppen.

Bei der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit in Bremerhaven wird die SPD in der Unterstützung für die Betroffenen nicht nachlassen. Es bleibt unser vorrangiges Ziel, allen Arbeitslosen die Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt und damit versicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen, zu ermöglichen. Der unsozialen Kürzungen der Mittel der aktiven Arbeitsmarktmittel muss mit Unterstützung des Landes und des Jobcenters sowie der Agentur für Arbeit entgegengetreten werden. Wir brauchen weiterhin die unterschiedlichen Programme und ihre Vernetzung mit Kommunalen- und Landesinitiativen, um die nachhaltige Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen. Die SPD wird das kommunale Arbeitsmarktprogramm ungekürzt fortsetzen. Dazu wollen wir unter Beteiligung aller Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen prüfen, wie die Struktur der Beschäftigungs- und Bildungsträger effektiver gestaltet werden kann.

Ziele und Förderungsschwerpunkte

1. Bindung von Drittmitteln

Die Mittel der europäischen Union (insbesondere Mittel des europäischen Sozialfonds und des europäischen Fonds für regionale Entwicklung) und des Bundes sind für die Umsetzung von Projekten im Bereich Beratung, Beschäftigung, Qualifizierung unerlässlich. Zur Bindung dieser Drittmittel werden wir eigene kommunale Arbeitsmarktmittel bereitstellen, dies erwarten wir aber auch vom Land Bremen.

2. Flankierung und Durchführung von Beschäftigungs- und Beratungsangeboten für Langzeitarbeitslose und besonders benachteiligte Zielgruppen

Die Stadtteile Lehe, Leherheide und Grünhöfe weisen eine hohe Konzentration ökonomischer und sozialer Problemlagen auf. Mit den offenen Stadtteilberatungsprojekten konnten in dem Bereich Arbeitsmarkt und soziale Stabilisierung gute Erfahrungen gemacht werden. Insbesondere die Zielgruppe der Frauen, Migrantinnen und Migranten, Existenzgründerinnen und Existenzgründer konnten von dem Angebot profitieren. Diese Beratungsstellen gilt es zu erhalten.

Bei der Etablierung verschiedener Angebote sind eingeworbene bzw. noch einzuwerbende Drittmittel mit städtischen Arbeitsmarktmitteln zu flankieren.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger schaffen durch ein umfangreiches Angebot an Maßnahmen und begleitender sozialpädagogischer Betreuung für viele Langzeitarbeitslose erfolgreiche Weichenstellung für die Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt. Diese Struktur wollen wir erhalten, wobei wir die Unterstützung des Landes erwarten.

3. Frauen im Arbeitsmarkt stärken

Frauen sind in angemessener Zahl an Maßnahmen der Arbeitsförderung zu beteiligen. Angemessen heißt dabei, dass bei Fördermaßnahmen prozentual mindestens der Anteil von Frauen innerhalb der Arbeitslosen abgebildet wird.

Zudem sollen Maßnahmen vorgehalten und angeboten werden, die den ggf. besonderen Bedarfen von Frauen entsprechen. Dieses gilt u. a. für die Gruppe der Alleinerziehenden bzw. der Frauen mit Familienverantwortung. Hier sind Beschäftigungsmaßnahmen mit ggf. zunächst niederschwelligem Zugang wie auch qualitativ hochwertige Teilzeitmaßnahmen auszubauen. Gerade in der Weiterbildung sollen Lernformen wie bspw. die Kombination aus Präsenzzeit und individuell steuerbarer Heimarbeitszeit verstärkt angeboten werden.

KAPITEL II

"Eine Stadt für alle" für eine aktive Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik

Bremerhaven soll sich auch weiterhin zu einer lebenswerten Stadt für junge Menschen entwickeln. Ein vielfältiges Angebot im sozialen Bereich wird als positiver Standortfaktor angesehen, der die Abwanderung der Bevölkerung schmälert und den Zuzug in die Stadtgemeinde Bremerhaven attraktiv macht.

Zentraler Faktor muss sein, den sozialen Zusammenhalt weiter zu stärken und Chancengleichheit sicherzustellen. Dazu gehört auch, die Teilhabe für Kinder, junge Menschen und Familien weiter zu entwickeln.

Es besteht die Zielsetzung, gleiche Bildungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft, zu gewährleisten.

Wir streben eine gemeinsame, wohnortnahe Betreuung, Bildung und Erziehung von behinderten und nicht-behinderten Kindern an.

1. Kindertagesstätten/Kindertagesbetreuung

- Der qualitative und quantitative Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren bis 2013 mit dem Ziel einer durchschnittlichen Versorgungsquote von 35 % ist zu erreichen. Hierzu sollen entsprechende Mittel für Investitionen und die entstehenden Betriebskosten, sofern diese nicht durch Drittmittel finanziert werden, auch vom Land zur Verfügung gestellt werden.
- Die Kindertagespflege soll weiter intensiviert werden.
- Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten verbessert und flexibler gestaltet werden. Dabei ist das kostenlose Mittagessen in Kindertagesstätten für Kinder aus sozial benachteiligten Familien beizubehalten.
- In Kooperation mit dem Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide und dem Alfred-Wegener-Institut soll geprüft werden, eine Kindertagesstätte mit einer durchgängigen Betreuungszeit einzurichten. Die Kindertagesstätte kann neben der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die in den Betrieben beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einen wichtigen Baustein bei der Personalbeschaffung darstellen.
- Die Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen soll schrittweise verbessert werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem Kindertagesstätten- und dem Primarbereich ist weiter zu entwickeln. Zur verbindlichen Zusammenarbeit aller Einrichtungen werden fachliche Ressourcen zur Verfügung gestellt. Ebenso ist die Zusammenarbeit zwischen dem Hortbereich (Schulkindbetreuung) und der Schule (Ganztagsbetreuung) weiter auszubauen.
- Die Einführung eines kostenfreien dritten Kindertagesstättenjahres wollen wir prüfen.
- Wir wollen auch künftig Investitionen bereitstellen, um die Kindertageseinrichtungen baulich auf einem guten Stand zu halten.

2. Erziehungshilfe/Kinderschutz/Familien

- Die präventiven Maßnahmen sind weiter zu entwickeln. Das Forum „Familienfreundliches Bremerhaven“ wird weiter gestärkt.

- Die präventiven Netzwerke in Kooperation mit dem Gesundheitsamt im Rahmen der Arbeit des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes sind weiter von Bedeutung.
- Der begonnene Umgestaltungsprozess im Bereich der Jugendhilfe ist fortzusetzen. Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat hierzu eine entsprechende Prüfung, eine Einschätzung der Kosten und ggf. ein Konzept bis Ende 2012 vorzulegen.

3. Jugendarbeit

- Die bisherige Jugendbildungsarbeit in Bremerhaven wollen wir absichern. Eine verstärkte Einbeziehung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist im Rahmen von Qualitätsvereinbarungen festzulegen.
- Die Konzeptionen der Freizeiteinrichtungen sind den aktuellen Anforderungen des Freizeitverhaltens der Jugendlichen anzupassen. Die Angebote der Freizeiteinrichtungen sind nach dem Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu erstellen.
- Die Jugendherberge Wüstewohldde und der Spielpark Leherheide werden weiterhin als Ort der Begegnung für Familien und junge Menschen unterstützt.

Bildungschancen erhöhen

Zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik bleibt die Chancengleichheit. Dieses Ziel wird die SPD weiter verfolgen und in der Kommune durchsetzen.

Wir wollen erreichen, dass nicht die soziale Herkunft über die Bildungskarriere entscheidet, sondern Fähigkeiten und Lernerfolge. Gerade in der heutigen Wissensgesellschaft stellt eine gute schulische Ausbildung die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe dar. Es ist daher unser Ziel, mehr jungen Menschen einen guten Bildungsweg zu ermöglichen. Wir lehnen eine Selektion und damit ausbleibende Förderung von Schülerinnen und Schülern ab. Wir wollen die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss deutlich verringern, indem wir durch entsprechende Unterrichtsveränderungen eine bestmögliche individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern erzielen. Alle jungen Menschen müssen in unserer Stadt berufliche Perspektiven erhalten. Wir wollen das gemeinsame Lernen aller Kinder, ob mit oder ohne Behinderung.

Die flächendeckende Einführung der Oberschule in Bremerhaven mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 ist der Einstieg in ein längeres gemeinsames Lernen von der 5. - 10. Klasse und in einen Unterricht, der die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. In den kommenden Jahren muss sich der Unterricht in den Oberschulen wie im Gymnasium in Richtung individuelles und selbstständiges Arbeiten entwickeln, denn wir wollen, dass alle Kinder ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden und kein Kind zurückgelassen wird. Wichtig ist uns aber ebenso der Erwerb sozialer Kompetenzen, die Fähigkeit, mit den Mitmenschen souverän, einfühlsam, fair und konstruktiv umzugehen.

Auch in der Oberschule wird der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Alle Schülerinnen und Schüler werden frühzeitig auf die Arbeitswelt vorbereitet und lernen ab Jahrgang 8 Betriebe, soziale Einrichtungen und Berufsschulen kennen.

„Lernen vor Ort“ und die Herausforderung eines Kommunalen Bildungsmanagements.

Für eine zukunftsorientierte Bildungslandschaft wird die kommunale Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten im Sinne einer lokalen Bündnisstruktur für ein abgestimmtes Bildungswesen eine noch größere Bedeutung erhalten. Ganz konkret gilt es, ein kommunales Gesamtkonzept für die Bremerhavener Bildungslandschaft – von der Frühförderung bis zur Weiterbildung in der nachberuflichen Phase - zu entwickeln.

Grundschulen

Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund werden auf Grund ungleicher Startchancen oft von einer erfolgreichen Bildungskarriere abgehalten. Ursachen hierfür sind unter anderem häufig zu kleine Wohnungen ohne einen eigenen Lernort, fehlender Zugang zu Büchern und Kulturangeboten sowie die prekäre wirtschaftliche Lage des Elternhauses. Oft gehen nur unzureichende oder gar fehlende Sprachkenntnisse des Deutschen und der Muttersprache damit einher. Gute Sprachkenntnisse aber sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sprachstandserhebungen in den Kindertagesstätten und in der Grundschule fortgeführt werden und Kinder mit Verzögerungen in der Sprachentwicklung noch gezielter als bisher gefördert werden.

Wir wollen gerade dort für Bildung mehr investieren, wo es besonders notwendig ist, also dort, wo die jüngsten Kinder lernen. Die gute Arbeit der Grundschulen soll weiter unterstützt und durch eine schrittweise Ausweitung zur Ganztägigkeit gestärkt werden. Außerdem streben wir eine engere inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und den Grundschulen an.

Ganztagschulen

Ganztagschulen sind auch für ältere Schülerinnen und Schüler förderlich. Eine andere Rhythmisierung des Schultages, Fördermöglichkeiten und zusätzliche interessante Angebote stellen nur einige Vorteile der Ganztagschule dar. Wir werden uns dafür einsetzen, die Zahl der Ganztagschulen in den kommenden Jahren zu erhöhen und dafür sorgen, dass die Ganztagschulen in der Sekundarstufe I, die zurzeit ganz überwiegend in offener Form – die Teilnahme am Unterricht am Nachmittag ist freiwillig - geführt werden, sich zu gebundenen Ganztagschulen entwickeln, wie es die Ganztagschulverordnung für das Land Bremen vorsieht. Zur Realisierung brauchen wir die finanzielle Unterstützung des Landes.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist professionell durchgeführte soziale Arbeit. Schwerpunkte liegen in sozialpädagogischen Hilfen für Schülerinnen und Schüler in psycho-sozialen Problemlagen, wie auch in der Förderung der beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist ein geeignetes Instrument, um die Bildungs- und soziokulturelle Teilhabe zu unterstützen.

Wir wollen dafür sorgen, dass mindestens an jeder Schule ein Schulsozialarbeiter/eine Schulsozialarbeiterin zur Verfügung steht. Die Kosten müssen vom Bund und den Ländern übernommen werden.

Schulentwicklungsplan

Die SPD wird sich nachdrücklich für die Umsetzung des Bremerhavener Schulentwicklungsplanes einsetzen.

Die Umsetzung der im Schulentwicklungsplan genannten Ziele zur Verbesserung der Unterrichtsqualität, zur Vermeidung von Schulausfall und zur gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern verlangt eine ausreichende Ausstattung der Schulen.

Daher müssen die durch sinkende Schülerzahlen freiwerdende Mittel für den Schulbereich bereitgestellt werden.

Berufliche Schulen

Die dynamische Entwicklung der Berufs- und Arbeitswelt stellt die berufliche Bildung vor ständig neue Herausforderungen. Die Entwicklung neuer Technologien, neuer Berufe und neuer Strukturen vollzieht sich zum Teil mit sehr hoher Geschwindigkeit und lässt die Anpassungsfähigkeit des Berufsbildungssystems vielfach an seine Grenzen stoßen. Die Leistungsfähigkeit Beruflicher Schulen ist jedoch für die Qualität der Berufsausbildung in Bremerhaven von erheblicher Bedeutung.

Die Erfüllung ihres Auftrages kann der Berufsbildenden Schule nur gelingen, wenn sie fortlaufend modernisiert wird. Sie muss stärker als bisher in die Lage versetzt werden, sich selbst weiter zu entwickeln. Hierzu bedarf es größerer Selbstständigkeit und größerer Gestaltungsspielräume. Dies stellt neue organisatorische, kooperative, personelle und curriculare Anforderungen an die Berufsbildenden Schulen.

Daher soll ein mehrjähriger Schulversuch unter dem Thema „Berufsbildende Schulen in Bremerhaven als regionale Kompetenzzentren“ gestartet werden.

Berufsschulen bieten neben dem Berufsschulunterricht in einer dualen Ausbildung oder einer schulischen Ausbildung vielfältige unterschiedliche Bildungsgänge an, die es auch Jugendlichen ohne Abschluss ermöglichen, weiterführende Kompetenzen zu erwerben. Um unnötige Warteschleifen zu vermeiden, werden wir ausschließlich Bildungsgänge anbieten, die weiterführende Qualifikationen ermöglichen. Insbesondere doppelt qualifizierende Ausbildungswege sollen verstärkt angeboten werden.

Selbst durch Berufstätigkeit für den Lebensunterhalt zu sorgen, muss für Jugendliche durch vielfältige und flexible Ausbildungsmöglichkeiten ermöglicht werden.

Ausbildung in Pflege- und Sozialberufen

Durch die neuen gesetzlichen Zusagen steigt der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern. Vor allem männliche Erzieher sind, durch die häufige Abwesenheit von Vätern in Familien, gefragt. Aufgrund des hohen Anteils der Kinder mit

Migrationshintergrund steigt ebenso der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern mit hoher Kompetenz und eigenem Migrationshintergrund.

Bremerhaven braucht aufgrund seiner Sozialstruktur viele gut ausgestattete Kita-Plätze. Wir wollen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher verbessern und die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöhen.

Aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung unserer Stadt werden vermehrt Altenpflegekräfte benötigt. Die Ausbildungsangebote müssen ausgeweitet werden, gleichzeitig verstärkt Jugendliche geworben werden, diesen Ausbildungsweg einzuschlagen. Auch in diesem Bereich stehen sich schwierige Arbeit und geringe Bezahlung gegenüber.

Ausbildung

Die Zahl der Ausbildungsplätze in Bremerhaven reicht nach wie vor nicht aus, um allen Schulabgängern den Einzug in das Berufsleben zu ermöglichen. Diese führt zu übermäßigen Anmeldezahlen in den Berufsfachschulen. In der Konsequenz konkurrieren immer mehr so genannte Altbewerber mit den Schulabgängern des jeweils laufenden Jahres.

Die SPD will hier nicht warten, bis sich aufgrund der demografischen Entwicklung ein Angleich zwischen Ausbildungsstellen und der Nachfrage nach Ausbildungsstellen ergibt.

In Anlehnung an erfolgreiche Modelle in anderen Kommunen wird die SPD die Einrichtung einer Ausbildungskonferenz für Bremerhaven in die Wege leiten, die systematisch daran arbeitet, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt.

Weiterbildung

Die Verwirklichung des Lernens im Lebenslauf ist entscheidend für die Zukunft des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Sie ist eine wichtige bildungspolitische Aufgabe. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung sollen in der kommunalen Weiterbildungslandschaft Bremerhavens stärker als bisher die Bildungsangebote aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden.

In Bremerhaven erreichen ca. 10 % aller Jugendlichen keinen Schulabschluss. Diesen nachzuholen ist auf dem zweiten Bildungsweg im Abendbetrieb oft mühsam und wiederum von hohen Abbrecherquoten begleitet. Die Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss im Tagesbetrieb mit anschließender Schulfremdenprüfung soll in Bremerhaven ermöglicht werden.

„Eine Stadt für alle“ heißt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Integration ist keine „karitative“ Angelegenheit, sondern eine Aufgabe, die wir im Interesse aller Menschen unserer Stadt annehmen werden.

Wenn Integration gelingt, kommt die Stadt voran. Klar ist: Das Potential, welches in der wachsenden Gruppe der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener mit Migrations-

hintergrund liegt, müssen wir endlich gemeinsam nutzen, klar ist aber auch, nicht alles ist gut, und Integration funktioniert nicht von alleine. Vor Problemen und Konflikten verschließt die SPD Bremerhaven nicht die Augen. Wir akzeptieren es nicht, wenn unsere demokratischen Grundwerte, egal von welcher Seite, nicht geachtet werden, was bei der überwältigenden Mehrheit der Bremerhavener Bevölkerung aber auch kein Problem darstellt.

Wir werden ein Integrationskonzept entwickeln und umsetzen, mit den Schwerpunkten:

- Frühförderung und Elternarbeit
- Bildung (Schule und Berufsabschlüsse)
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Funktionierende Strukturen wie der „Rat ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger“ (RAM) und das Migrationsnetzwerk Bremerhaven bleiben zwei wichtige Säulen im Integrationskonzept.

Gesundheit

Unser Ziel ist die Sicherstellung einer medizinisch notwendigen Versorgung für alle unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Alter, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort. Dabei setzen wir auf mehr Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Wir setzen uns dafür ein, dass die ambulante und die stationäre Versorgung besser verzahnt und die integrierte Versorgung weiter ausgebaut wird.

Unsere Krankenhäuser sind eine tragende Säule der gesundheitlichen Versorgung der Bremerhavener. Sie haben seit langem die Bedeutung eines Oberzentrums weit über die Grenzen Bremerhavens hinaus. Mehr als die Hälfte der Patienten kommen aus der umliegenden Region.

Wir setzen uns vehement dafür ein, dass der Krankenhausstandort Bremerhaven nachhaltig gestärkt wird und zukunftssichere Perspektiven ausbaut. Dabei hat der Stellenwert des Klinikums Bremerhaven-Reinkenheide als Krankenhaus der Maximalversorgung eine hohe Bedeutung und muss weiter ausgebaut werden. Die frauenspezifischen Bereiche wie Gynäkologie, Geburtsstation, Brustzentrum und Frühchenstation gehören aus unserer Sicht an das Klinikum.

Die notwendige Strukturreform im Bremerhavener Krankensektor mit den unverzichtbaren Elementen des Frauen-Kind-Zentrums muss zügig betrieben und zwischen allen Trägern und Beteiligten, möglichst einvernehmlich, zum Abschluss kommen. Hierbei ist auch die Sicherung der Arbeitsplätze sowie die Sicherung und Etablierung von Ausbildungsstätten wie z.B. Krankenpflegeschule und MTA-Schule von elementarer Bedeutung.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie besteht ein eklatantes Versorgungsdefizit. Deshalb werden wir die Anstrengungen zur Verdoppelung der Plätze, derzeit 10, in der Tagesklinik unterstützen.

Kindern muss jede erdenkliche Hilfe und Fürsorge zukommen. Sie vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, hat - auch angesichts der leider geschehenen tragischen Fälle - höchste Priorität.

Das bestehende Angebot des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu Gesundheitshilfen und Gesundheitsförderung z. B. mit den Beratungsstellen der Familienberatung und frühkindlichen Gesundheitsförderung an den Standorten in Leherheide, Lehe und Geestemünde, hat auch künftig große Bedeutung.

- Ärztliche Notdienste sind in Bremerhaven und in der Vernetzung zum Umland vorzuhalten. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass das bestehende System um einen augenärztlichen Notdienst ergänzt wird.
- Infektionsschutz, Hygiene, Umweltmedizin und Lebensmittelsicherheit sind zu sichern und weiter zu verbessern. Schutzimpfungen gehören zu den effektivsten und kostengünstigsten Präventionsmaßnahmen.
- Drogen- und Suchthilfe sind unverzichtbare Elemente in dem Dilemma von Gefährdungen und Erkrankung, denen im möglichen Rahmen entgegenzuwirken und abzuwenden ist. Wir wollen das, von uns maßgeblich beeinflusste, Drogen- und Suchthilfekzept inhaltlich, infrastrukturell und finanziell sichern und verstetigen.
- Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände leisten unverzichtbare Beiträge zur Bewältigung von Krankheit und Behinderung, tragen mit ihrer Arbeit zur Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens bei. Die mit unserer Initiative seit 1998 bestehende Selbsthilfekooperation „Bremerhavener Topf“ sowie in diversen Bereichen tätige Vereine erhalten sowohl politische als auch finanzielle Förderung. Die Bilanz der vergangenen Jahre ist deutlich positiv, so dass diese förderlichen Arbeit auch künftig grundsätzlich gesichert und angemessen finanziell gefördert werden soll.
- Es ist selbstverständlicher Grundsatz, schwerstkranken und vom Tod bedrohten Menschen eine adäquate medizinische Betreuung, Pflege und einen würdigen Lebensraum zu schaffen. Der mit unserer Initiative bereits 2009 erteilte Prüfauftrag zur Einrichtung eines stationären Hospizmodells wird weiter verfolgt. Daneben unterstützen wir die bestehenden Angebote durch Vereine und Selbsthilfe zu Beratung und ambulanter Betreuung sowohl politisch als auch mit finanzieller Förderung im möglichen Rahmen.
- Viele Beispiele zeigen, dass es in der Männer- bzw. Frauengesundheit deutliche Unterschiede gibt: Daher wollen wir bewirken, dass
 - die Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung geschlechter-spezifisch weiter entwickelt wird.
 - frauenspezifische Themen die nötige Unterstützung finden, dazu soll das Forum Frauen und Gesundheit weiterhin abgesichert werden.

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Unter dem Motto „Wohnen, Arbeiten und selbstbestimmt Leben“ wollen wir Bremerhaven für Menschen mit Behinderung weiter attraktiv gestalten. Die möglichst weitgehende Barrierefreiheit der öffentlichen Infrastruktur ist dabei wichtiges Ziel.

Mit der Weiterentwicklung des lokalen Teilhabeplans möchten wir eine Perspektive mit und für Menschen mit Behinderung schaffen, mit dem Ziel eines inklusiven Gemeinwesens unter den Bedingungen unserer spezifischen Örtlichkeiten.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Wir wollen in den nächsten Jahren verstärkt Wohnformen aufbauen, die notwendige Assistenzleistungen ambulant anbieten. Hierbei setzen wir auf die Beteiligung der Leistungserbringer.

Soziales

Wir können und werden unser Handeln nicht nur auf die Auszahlung der gesetzlich verbindlich vorgeschriebenen Existenzleistungen der Sozialhilfe reduzieren. Gerade in unserer Stadt sind weitergehende Angebote nötig, damit die immer noch überdurchschnittlich hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen reduziert wird. Wir wollen die Selbstbestimmung und die soziale Teilhabe in unserer Stadt auch für die Seniorinnen und Senioren sichern und unsere Stadt für alle Generationen heute und in Zukunft erlebenswert gestalten.

Wir werden die in den letzten 2 Jahren vorgenommene zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Leistungs- und Unterstützungsformen insbesondere für die älteren Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebenslagen als ein schlüssiges Gesamtkonzept fortsetzen. Dabei nehmen die bisher bestehenden sozialen Einrichtungen wie die Freiwilligenagentur, der Pflegestützpunkt in Bremerhaven und die städtischen Seniorentreffpunkte eine wesentliche Rolle ein.

KAPITEL III

"Eine Stadt für alle" - lebenswert, mobil, sicher und nachhaltig **Stadtentwicklung**

In den Stadtteilen ist eine weitere konsequente Umsetzung des Stadtumbau West Programms und die damit einhergehende Sanierung von Altbauten vor allem aus der Gründerzeit fortzuführen.

Besondere „Leuchtturmprojekte“, wie Schleusenstraße, sind Anker in den betroffenen Stadtteilen, um auch Privateigentümern Anregungen zu geben, initiativ zu werden. Die zuständigen Stellen des Magistrats haben hier einen Schwerpunkt darauf zu legen, dass neben den Wohnungsbaugesellschaften auch Privateigentümer die Möglichkeit haben, vom Stadtumbau West Programm zu partizipieren. Nur so kann ein Stopp des Verfalls von Häuserzeilen in bestimmten Stadtteilen erreicht werden.

Der Ankauf von so genannten „Schrottimmobilien“ ist zukünftig nach stadtplanerischen Gesichtspunkten auszurichten. Hier müssen auch Objekte erworben werden, die nicht nur abgerissen, sondern einer möglichen Sanierung zugeführt werden. Ein reiner Kahlschlag, wie er bisher umgesetzt wurde, ist nicht alleine zielführend, um die einzelnen Stadtteile zu sichern. Neben Lehe ist hier auch besonders Geestemünde zu berücksichtigen, da auch in diesem Stadtteil erhebliche Probleme im Immobilienbereich bestehen.

Der Abriss von historischer Bausubstanz, welcher sich in städtische Hand befindet, ob Wohn-, Arbeits- oder Industriebereich, kann nur mit Zustimmung der zuständigen Ausschüsse und einem Votum der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Hier ist besonders die Datei über Bremerhavener Objekte des Landesdenkmalamtes, welches diese verschiedenen Kategorien zugeordnet haben, mit einzubeziehen und danach zu bewerten.

Zur Schaffung von Raumreserven für zukünftige Stadtentwicklung ist der sorgsame Umgang mit Brachen und bestehenden Objekten von besonderer Bedeutung. Mit besonderem Augenmerk und größtmöglicher Sorgfalt wollen wir vor diesem Hintergrund die Weiterentwicklung des Zollinlandplatzes, des Phillipsfield, der Brache Ellhornstraße und des Kistnergeländes betreiben.

Hier kann nur wie in allen anderen Stadtteilen Stadtentwicklung stattfinden, wenn die Stadt Bremerhaven es sich leistet, auch Areale und Objekte nur zu sichern, statt sie kurzfristig einer kommerziellen Nutzung zuzuführen.

Eine neue Stadtplanung, die zielgerichtet auf Wohnen im Jahre 2025 ausgerichtet ist, mit Berücksichtigung der demografischen Entwicklung der Stadt, ist hier erforderlich. Vorhandene Flächen und Verkehrslinien sind dahingehend weiterzuentwickeln, das der Bereich Wohnen am Wasser einen gewichtigen Teil der Stadtplanung ausmacht. Hier sind Ideen und Vorschläge von Planern aus der Stadt Bremerhaven und auswärtige Fachleute einzubringen. Ein jährliches Symposium, welches in der Stadt Bremerhaven stattfindet, ist dazu empfehlenswert.

Die Architektenkammer Bremerhaven ist hier stärker mit einzubinden, um die Fach- und Sachkompetenz innerhalb einer Stadtplanung und den damit abhängigen politischen Entscheidungen zu sichern. Dieses muss in Form eines unabhängigen Gremiums geschehen, welches ausschließlich beratende Zuständigkeit hat.

Straßen, Plätze und Parks in den Stadtteilen

Straßen und Plätze sind in Bremerhaven notwendige Lebensadern. Die Umsetzung und Sicherung der Hauptverkehrsstraßen hat auch zukünftig eine hohe Priorität. Eine umfassende Sanierung der Barkhausenstraße von der Lloydstraße bis zum Zolltor Roter Sand ist erforderlich. Hier sind die entsprechenden Planungen inklusive einer beidseitigen Radwegführung aufzunehmen.

Für die Seebäderkaje, Willy-Brandt-Platz, ist eine planerische Überprüfung dringend notwendig. Sie als Abstellplatz für Pkw und Busse weiterhin zu nutzen, widerspricht jeglicher modernen Stadtplanung. Hier ist eine Sperrung für Pkw und Busse als Parkplatz umzusetzen. Unabhängig von einem möglichen Helgolanddienst. Die Seebäderkaje ist in ein touristisches Gesamtkonzept mit einzubeziehen. Hierzu müssen Stadtplaner und der Verantwortliche des Tourismus der Stadt Bremerhaven Konzepte und Vorschläge unterbreiten mit Unterstützung von auswärtigen Fachleuten.

Der Wilhelm-Kaisen-Platz ist einer umfassenden Sanierung zu unterziehen, damit er zukünftig als adäquater Veranstaltungsplatz genutzt werden kann. Hier ist auch das Areal der ehemaligen SUAG hinter der Stadthalle stadtplanerisch einzubeziehen, um neue Nutzungskonzepte zu erstellen und entlang der Geeste den Geestewanderweg endgültig an die Stadt anzubinden. Das fehlende Glied zwischen Kistnergelände und Brücke Arbeitsamt ist planerisch zu bewerten, und ein daraus sich erschließender Vorschlag ist umzusetzen.

Weitere Plätze in anderen Stadtteilen wie z.B. in Wulsdorf der Platz an der Heinrich Kappelmann-Straße sind stadtplanerisch zu bewerten, und daraus folgende Nutzungskonzepte sind umzusetzen.

Die SPD setzt sich in Leherheide dafür ein, dass zusammen mit der Stadtteilkonferenz, den Institutionen, den Vereinen und weiteren Bürgerinnen und Bürgern ein Konzept entwickelt wird, um den neu gebauten und hochwertig gestalteten Marktplatz (Julius-Leber-Platz) für Veranstaltungen nutzbar zu machen.

Der Bereich des Wencke-Docks ist in der anstehenden Sanierung so auszurichten, dass der Geestewanderweg hier einen adäquaten Abschluss findet zum Bereich Hochschule und Kennedybrücke. Das ehemalige „Zollhaus“ an der Geestebrücke ist wieder in seinen Ursprungszustand zu versetzen.

Im Zusammenhang einer stadtplanerischen Lösung des Areals der Hochschule ist die Straße „An der Karlsburg“ so herzurichten, dass das noch vorhandenen historische Kopfsteinpflaster neben den letzten innerstädtischen Spuren der Straßenbahn erhalten bleibt, und eine Konzeption entwickelt wird, hier eine Art Campusareal umzusetzen.

Radfahrwege und Radfahren in den Stadtteilen

Radfahren ist aktiver Umweltschutz. Deshalb muss das Radfahren in Bremerhaven weiter attraktiver gemacht werden. Viele Punkte im städtischen Bereich sind im Vergleich zur PKW- Nutzung per Fahrrad schneller oder gleich schnell zu erreichen. Allerdings müssen die Belange der Radfahrer noch zu oft hinter denen des Autoverkehrs zurückstehen.

Damit mehr Bürgerinnen und Bürger auf das Fahrrad umsteigen, soll unter Beteiligung der Stadtteilkonferenzen, des ADFC, von Vereinen, Institutionen und interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Master- und Aktionsplan „Radfahrstadt Bremerhaven“ erstellt werden.

Inhaltlich sollen darin unter anderem geregelt werden:

- Programm zur Sanierung der Radwege, dass bis auf die Stadtteile herunter gebrochen wird.
- Gefahrenstellen-Register, das mindestens halbjährlich auf Erledigung geprüft wird.
- Prioritätenliste für den Bau neuer Radwege.
- Liste für die Ausweisung von farblich als Fahrradwege markierten Strecken.
- Reinigungsintervalle für Radwege.
- Stadtteilbezogene Aktionstage und ein „Autofreier Sonntag“ für die gesamte Stadt.

Innerstädtische Parkraumbewirtschaftung

Innerhalb der Innenstadt ist im Bereich der Deichstraße eine geregelte Parkraumbewirtschaftung umzusetzen. Die Anwohner müssen die Möglichkeit haben, über einen Parkausweis einen Stellplatz in dem benannten Areal nutzen zu können. Für die anderen Pkw-Nutzer sind hier gebührenpflichtige Parkplätze einzuführen. Bei der momentanen Verkehrsentwicklung ist ein weiteres Parkhaus auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwehrrwache Barkhausenstraße definitiv nicht notwendig.

Erhalt historischer Straßenbausubstanz in den Stadtteilen

Das Gesicht der Stadt wird in starkem Maße geprägt durch die nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Neubauten und in jüngster Zeit durch Neubauten am Alten und Neuen Hafen, die zum großen Teil touristischen Zwecken dienen. Nur an einigen Stellen ist es gelungen, neue Gebäude von hoher architektonischer Qualität zu errichten. Beispiele dafür sind das DSM, die Hochschule und das Alfred-Wegener-Institut. Da gerade Neubauten auf lange Sicht das Bild der Stadt bestimmen, muss stärker als in der Vergangenheit darauf geachtet werden, dass weitere bauliche Maßnahmen auch architektonisch und städtebaulich vertretbar sind oder einen Beitrag liefern, das Gesicht der Stadt zu verändern. Hierfür ist eine städtebauliche Konzeption zu entwickeln, die auch privaten Investoren ermöglicht, architektonisch attraktive Gebäude zu gestalten.

In diesem Zusammenhang wird die SPD der Pflege des alten Baubestandes in Lehe und Geestemünde besondere Beachtung schenken. Ohne Erhalt der vorhandenen Gebäude aus der Gründerzeit und der Jugendstilepoche würde das Stadtbild weitere Beeinträchtigungen erfahren. Gerade in Stadtteilen, wo noch historische Bausubstanz vorhanden ist, stellt das dazugehörige Straßenpflaster einen wichtigen optischen und kulturhistorischen Aspekt dar. Die Anlieger legen oftmals großen Wert auf den Erhalt. Die Hohenstauffenstraße ist ein Beispiel dafür, wie sich Bürger positiv mit ihrer Straße auseinandersetzen. Dementsprechend ist Wert auf den Erhalt dieser Straßenflächen zu legen. Gerade in reinen innerstädtischen Wohngebieten. Die Wiedererstellung des Kopfsteinpflasters hat Vorrang vor einer Asphaltierung.

Aufgrund der maritimen Tradition Bremerhavens muss Bauten und Anlagen, die diese

Tradition dokumentieren, besondere Beachtung geschenkt werden. Die SPD wird darauf hinwirken, dass unter Beteiligung des Historischen Museums, des DSM, des Stadtarchivs und der Denkmalpflege ein Kataster erhaltenswürdiger Gebäude aufgestellt wird, das auch und gerade solche Einrichtungen und Anlagen einschließt, die nicht oder noch nicht unter den Denkmalschutz fallen. Die SPD wird sich in diesem Zusammenhang auch dafür einsetzen, dass bei der Modernisierung des alten Gebäudebestandes für neue Nutzungen das Stadtbild nicht beeinträchtigt wird. Auch dies ist in einer stadtplanerischen Konzeption zu berücksichtigen.

Einbindung der Stadtteilbewohner in Planungs- und Bauentwicklungen

Alle Planungen und Baumaßnahmen in den Stadtteilen, ob Straßenbau oder andere Projekte, sind grundsätzlich in öffentlichen Veranstaltungen von der Bauverwaltung der Bevölkerung in den Stadtteilen weit im Voraus vorzustellen unabhängig von Widerspruchsmöglichkeiten u. s. w. in Planverfahren. Anregungen und Kritik aus der Bevölkerung sind mit einzubeziehen und der Politik zeitnah im Bauausschuss vorzustellen.

All dies gilt im besonderen Sinne für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Sinne des § 15c der Stadtverfassung.

„Eine Stadt für alle“ heißt auch, bei Planungs- und Bauentwicklungen, die Interessen von Kindern und Jugendlichen, von Behinderten und von Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt zu berücksichtigen.

In den innerstädtischen Bereichen ist darauf zu achten, dass genügend Bänke als Ruhemöglichkeiten für unsere ältere Generation und für Behinderte zur Verfügung stehen (Stadtmöbilierung).

An den Weserdeichen sind ausreichend Bänke bereit zu stellen.

Wohnungspolitik

Sozialdemokratische Wohnungspolitik ist geprägt von dem Willen, gute, bezahlbare Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung vorzuhalten.

In der Stadtmitte sind zusätzlich zu den touristischen Investitionen Eigentums- und Mietwohnungen in hochattraktiven Lagen am Wasser entstanden. Immer mehr Menschen wollen die städtische Infrastruktur mit ihren kurzen Wegen nutzen. Die Stadt bietet diesen Vorteil mit ihrem kulturellen Angebot, ärztlicher Versorgung und mit dem breiten Angebot zum Einkaufen und zur Gastronomie.

Immer mehr Familien auch mit Kindern sehen diesen Vorteil und entscheiden sich für ein Leben der kurzen Wege bei hoher Versorgungsdichte.

Deshalb soll das Angebot an Wohnungen in den Stadtteilen qualitativ verbessert werden. In den Stadtteilen haben wir die Schulen, Kindergärten und vermehrt auch Kinderkrippen, und die Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind überall gegeben. Deshalb soll ein Schwerpunkt der kommenden Jahre auf die Verbesserung der Wohnungsstandards gelegt werden.

Wir sehen aber auch, dass es Hausbesitzer gibt, die diesen Weg nicht mitgehen wollen oder können. Wir werden deshalb die ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften bitten, noch mehr Verantwortung in den Stadtteilen zu übernehmen, und wir werden sie dabei auch unterstützen.

Die Sozialdemokraten wenden sich scharf gegen die Kürzungsvorschläge der Bundesregierung bei den Programmen Soziale Stadt, Stadtumbau West und Städtebauförderung. Wir brauchen diese Programme, um die Stadtteile lebenswert zu erhalten und werden uns dafür einsetzen, dass alle diese Programme in Bremerhaven gegenfinanziert werden.

Die Gebiete mit Bauten aus der Gründerzeit sind bauhistorisch für unsere Stadt sehr bedeutsam. Das bereits vorhandene Quartiersmanagement soll fortgesetzt werden und durch Förderungen der Bestandsmodernisierung ergänzt werden.

Auch in Bremerhaven zeigt sich, dass der Verkauf von Wohnungen an große anonyme „Heuschrecken“ nicht gut für die Mieter ist. Mangelnde Instandhaltung bei steigenden Mieten sind die Folge. Wir wenden uns gegen jeglichen Versuch der Privatisierung der Gewoba und der Stäwog. Beide Gesellschaften sind Garanten für eine nachhaltige Versorgung mit Wohnungen. Die Städtische Wohnungsgesellschaft ist darüber hinaus als Dienstleister für die Stadt Bremerhaven unverzichtbar.

Die demografische Entwicklung in Bremerhaven wollen wir auch als Chance nutzen. Auch für die Senioren in unserer Stadt werden wir mit Hilfe der Wohnungsbaugesellschaften einen Handlungsplan entwickeln, der ältere Menschen darin unterstützt, möglichst lange und selbstbestimmt in ihrem eigenen Wohnraum zu leben. Dafür sind bezahlbare Wohnungen und eine soziale wie städtebauliche barrierefreie Infrastruktur nötig. Wir wollen möglichst viele Wohnungen, in denen Ältere leben, altersgerecht umbauen.

Der Weg, an den Rändern der Stadt Wohnungen abzureißen und durch Einfamilienhäuser oder Gewerbe zu ersetzen, war richtig und soll fortgesetzt werden. Auch in Zukunft wollen wir eine ausreichende Anzahl an Grundstücken für Einfamilienhäuser bereithalten.

Die neuen Arbeitsplätze im Bereich des Tourismus, der Windkraft und der Wissenschaft bieten die Chance, Zuwanderer für Bremerhaven zu gewinnen. Deshalb muss ein gutes Angebot an Mietwohnungen und Grundstücken vorhanden sein, damit diese Zuwanderer nicht ins Umland abwandern.

Umweltschutz

Als Küstenstadt wird Bremerhaven in Zukunft stark von den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein. Der Erhalt und die Stärkung der Umwelt in Bremerhaven und über die Region hinaus hat für uns daher eine besondere Bedeutung.

Unsere Politik der vergangenen Jahre, die Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum als Symbiose und nicht als Widerspruch sah, soll weitergeführt werden. Wir wollen Bremerhavens Position als Zentrum der Windenergie weiter ausbauen und so helfen, den Anteil von umweltschonenden, erneuerbaren Energien auch überregional

auszubauen.

Bremerhaven hat sich auf den Weg zur „Klimastadt“ gemacht. Bremerhaven soll, als führender europäischer industrieller Standort für erneuerbare Energien, mit gutem Beispiel vorangehen.

In Zusammenarbeit mit Anwohnerinnen und Anwohnern von viel befahrenen Haupt- und Durchgangsstraßen wollen wir prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden können, die zu einer nachhaltigen Verminderung der Emissionsbelastung und damit zu einem Mehrwert an Lebensqualität führen können.

Wegen enorm anwachsender Güterverkehre setzen wir uns bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn dafür ein, den Lärmschutz an der Autobahn und entlang der Bahnstrecke zu verbessern.

Einer weiteren Minimierung des Grünflächenbestandes, gerade im Bereich der Stadtmitte, erteilen wir eine Absage. Die Uferabschnitte entlang der Geeste müssen instand gesetzt werden, um die Uferbereiche wieder für die Menschen zugänglich zu machen.

Wir wollen unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Umweltschutzgruppen eine Strategie entwickeln, wie die neugewonnenen Ausgleichsflächen auf der Luneplate zeitnah und kostenschonend in ein attraktives Naherholungsgebiet mit direktem Zugang zum Deich gestaltet werden können.

Die beiden Windkraftanlagen Am Seedeich stehen für uns beispielhaft für die Entwicklung der Windkraft in unserer Stadt. In enger Zusammenarbeit mit den angesiedelten Unternehmen der Windkraftbranche wollen wir den Standort einer Repowering-Maßnahme unterziehen, um so den symbolträchtigen Standort zu sichern.

Das Fehrmoor im äußersten Norden der Stadt ist ein ca. 50 ha großes Gelände mit einem der letzten Hochmoore in der Norddeutschen Region und damit eine besonders schützenswerte Naturlandschaft. Die SPD setzt sich für die Vernässung ein, so dass zumindest große Teile dieser seltenen und schützenswerten Hochmoorregion wiederhergestellt werden können. Durch floristische und naturkundliche Führungen soll das Moor als Ausflugsziel insbesondere für Familien zugänglich gemacht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch andere Naturschutzgebiete in Bremerhaven, z. B. Ahnthamsmoor, unter Schutz gestellt werden.

Wir wollen ein Handlungskonzept entwickeln, das durch Schließung von Baulücken einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung von Flächeninanspruchnahme zur Folge hat.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Der ÖPNV und SPNV sind für uns Sozialdemokraten eines der Kernthemen hin zur „Klimastadt Bremerhaven“ sowie ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Der stadt-eigene ÖPNV muss gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Der von uns eingeschlagene Weg der Betrauung des

stadteigenen Unternehmens Bremerhaven Bus hat sich als optimal erwiesen. Eine Privatisierung des ÖPNV lehnen wir ab.

Die Verkehrsgesellschaft wollen wir weiter dahingehend unterstützen, dass umweltschonende, zukunftsorientierte Fahrzeuge angeschafft werden. Weiterhin wird sich die SPD dafür einsetzen, dass die bestehenden Bussonderspuren und intelligenten Busbeschleunigungsmaßnahmen fortlaufend weiterentwickelt und kontinuierlich optimiert werden.

Die zu erwartende demografische Entwicklung wird im besonderen Maße Einfluss nehmen auf die reinen Wohngebiete wie Leherheide, Surheide, Wulsdorf, Grünhöfe. Um die Sozial- und Wohnstruktur auch in diesen Stadtteilen zu stärken, sind gut nutzbare, barrierefreie Haltestellen von großer Wichtigkeit. Durch Rollatoren hat sich in den vergangenen Jahren eine neue Mobilität der älteren Einwohnerschaft ergeben. Ein passendes ÖPNV-Konzept mit Haltestellen ist notwendig.

Vor dem Hintergrund zunehmender Ansiedlungen von Unternehmen im südlichen Fischereihafen sowie der Luneplate setzen wir uns für die Erschließung dieser Gebiete durch Bremerhaven-Bus ein.

Wir wollen, dass Bremerhaven wieder an den Schienenfernverkehr (IC und ICE) angeschlossen wird und fordern die zuständige Senatsbehörde auf, sich bei der Deutschen Bahn (DB) dafür einzusetzen. Bis dies geschieht, fordern wir, dass die Aufgabenträger SPNV verbesserte Übergangszeiten zum Fernverkehr, ab Bremen Hauptbahnhof, gewährleisten.

Die Sanierung des Bremerhavener Hauptbahnhofs vermittelt Bahnreisenden nun einen positiven ersten Eindruck von unserer Stadt. Zusätzlich wollen wir, dass der Platz vor dem Hauptbahnhof einer Modernisierung und Umgestaltung unterzogen wird. Vor dem Hintergrund der Barrierefreiheit fordern wir die DB auf, den Bahnhof Wulsdorf schnellstmöglich barrierefrei umzubauen.

Öffentliche Verwaltung/Dienstleistungen

Service wird von verschiedenen Zielgruppen oft unterschiedlich definiert. Hierbei spielt auch der demografische Wandel eine zunehmend wichtigere Rolle. Deshalb wollen wir noch mehr berücksichtigen, dass beispielsweise ältere Menschen etwas anderes von der Verwaltung erwarten als junge Menschen. Wir treten auch dafür ein, Online-Angebote weiter auszubauen und die technische Entwicklung noch kundenorientierter zu nutzen.

Weitere Bürgernähe, Effizienz und Effektivität der öffentlichen Dienstleistungen können dazu beitragen, Verwaltungsaufgaben neu zu gewichten.

Die SPD wird ein Projekt initiieren, das sich unter Einbindung der Stadtverwaltung, der angeschlossenen Eigen- und Wirtschaftsbetriebe, der städtischen Gesellschaften und der Mitbestimmungsgremium mit der Haushaltskonsolidierung, der erforderlichen Aufgabenkritik und der damit verbundenen Personalentwicklungsstrategien und Konzepte beschäftigt. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir auch in Zukunft aus. Ein Schwerpunkt wird für uns auch weiterhin die Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Die SPD will gut qualifizierte junge Menschen

für den Öffentlichen Dienst gewinnen und sich dafür einsetzen, dass den jungen Menschen ein Arbeitsvertrag - ggf. auch befristet - nach dem Ausbildungsende angeboten wird.

Polizei

Wir wollen eine sichere Stadt. Die Sicherheit ist ein wichtiges Gut für die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger. Das gilt in besonderem Maße für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die SPD will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere kommunale Polizei Bremerhaven weiterhin wie bisher die Gewähr für ein sicheres Bremerhaven bietet.

Wir wollen eine starke Polizeipräsenz im gesamten Stadtgebiet. Dazu brauchen wir stadtteilbezogene polizeiliche Konzepte. Wir brauchen eine moderne Polizei, die in der Lage ist, auf die vielfältigen Anforderungen unserer aufstrebenden Stadt reagieren zu können. Eine Polizei, die flexibel auf Kriminalitätsschwerpunkte reagiert, die im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger auf deren Bedürfnisse eingeht und die allen Gästen unserer Stadt das Gefühl selbstverständlicher Sicherheit vermittelt.

Eine moderne, bürgernahe Polizeiarbeit und vor allem die wirksame Bekämpfung von Kriminalitätsursachen begründet die Notwendigkeit, die bestehenden Sicherheitsnetzwerke nachhaltig abzusichern und weiter auszubauen.

Polizei, Justiz und die politisch Verantwortlichen dieser Stadt tragen gemeinsam die Verantwortung für die Sicherheit in dieser Stadt. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir uns gemeinsam dieser Herausforderung stellen. Moderne und bürgernahe Polizeiarbeit, die dieser Verantwortung gerecht wird, setzt zwingend die Beibehaltung der kommunalen Polizei voraus.

Die Mittel für das Frauenhaus und die Beratungsstellen, die sich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder befassen, werden auch zukünftig abgesichert.

Die Bekämpfung der Kinder-, Jugend- und Straßenkriminalität und der Intensivtäter muss auch zukünftig ein Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit sein. Das gilt in ganz besonderem Maße für die vernetzte Eindämmung der Drogenkriminalität.

Aufgrund ihrer kommunalen Einbindung und Vernetzung ist es der Bremerhavener Polizei in der Vergangenheit gelungen, eine herausragende Präventionsarbeit zu leisten, die bundesweit als richtungsweisend gilt. Das gilt es vor allem bei der Gewalt- und Drogenprävention weiter zu etablieren und auszubauen.

Unsere sicherheitspolitischen Ziele setzen es zwingend voraus, dass der Personalbestand der Polizei in Bremerhaven nicht nur nachhaltig abgesichert, sondern bereits mittelfristig erhöht wird.

Unsere Stadt muss noch sauberer werden. Um die Sauberkeit in den Stadtteilen durchzusetzen, werden wir auch zukünftig einen verstärkten Einsatz unserer Ordnungskräfte gewährleisten. Die zurzeit befristete Einrichtung des „Bürger- und Ordnungsdienstes“ soll zu einer dauerhaften Einrichtung werden. Es sind weitere Qualifizierungen vorzunehmen.

Justiz

Eine effektive und leistungsfähige Justiz gehört neben den Parlamenten und Regierungen zu den drei Eckpfeilern unserer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen vertrauen dürfen, dass ihrem Sicherheitsbedürfnis entsprochen wird und dass sie ohne Ansehen der Person ihre berechtigten Anliegen in geordneten Verfahren in angemessener Zeit durchsetzen können.

Der Justizstandort unserer Seestadt ist mit dem Amtsgericht Bremerhaven, dem Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven und zudem mit der Justizvollzugsanstalt Bremerhaven, die zurzeit vollständig saniert wird, gut aufgestellt.

Die Bremerhavener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die Leistungs- und Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen sichergestellt wird und keine Kompetenzen nach Bremen verlagert werden.

Feuerwehr

Die Feuerwehr ist als der kommunale Dienstleister für Brandschutz, Hilfeleistung und Rettungsdienst die zentrale Stütze der Gefahrenabwehr. Sie ist Garant für die Sicherheit der Bevölkerung in unserer Stadt. Die SPD steht deshalb für gezielte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Zukunftsfähigkeit:

1. Wir werden die Anpassung der Feuerwehr an die Stadtentwicklung aktiv begleiten und dabei die bestehenden Sicherheitsstandards erhalten.
2. Wir werden die Anpassung der Ausbildungen an der Landesfeuerwehrschule an die gestiegenen Anforderungen aktiv unterstützen. Nur wer gut ausgebildet ist, weiß den Gefahren an der Einsatzstelle zu begegnen.
3. Wir unterstützen die Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen auch zukünftig ausdrücklich.
4. Zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren stehen wir für die Förderung und den Ausbau der Jugendfeuerwehren.

Starker Sport - starke Stadt

Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft. Ihm kommt eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl und - angesichts eines beschleunigten sozialen Wandels - eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion zu.

Die Verzahnung des Schulsports und der Sportangebote der Vereine, um Kindern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern Wege zu einem gesünderen Lebensstil durch den Sport aufzuzeigen ist ein wichtiges Thema der zukünftigen Sportpolitik.

Angesichts des demografischen Wandels steht der Sport vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund werden sich Politik und organisierter Sport verstärkt an den Bedürfnissen veränderter Zielgruppen auszurichten haben. Insbesondere gilt es die Sportstätten noch stärker als bisher an den Erfordernissen des demografischen Wandels auszurichten.

Der Breitensport mit seinen vielen Sport- und Freizeitvereinen bedarf unserer besonderer Unterstützung, im Rahmen unserer Möglichkeit. Nicht zu vergessen ist das ehrenamtliche Engagement. Im Mittelpunkt eine zeitgemäßen Sport- und Vereinsförderung muss daher auch die Förderung des Ehrenamtes stehen. Die Übungsleiterpauschale werden wir auch zukünftig sicherstellen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten die wichtige gesellschaftliche Aufgabe des Sports und der Sportförderung fest im Blick behalten, um dem Sport in Bremerhaven eine sichere und erfolgreiche Zukunft zu schaffen.

Kunst und Kultur

Das hochwertige und breit angelegte Kulturangebot in Bremerhaven stärkt die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Kunst und Kultur sind ebenso innovative Bausteine des Strukturwandels wie der Tourismus, die Windenergie oder Forschung und Technologie. Ohne Zweifel sind es in besonderem Maße die städtischen Kulturangebote, vom Stadttheater und dem Theater im Fischereihafen, der Stadtbibliothek bis hin zum Kunstmuseum und dem Pferdestall, die die Qualität des großstädtischen Lebens prägen.

Kulturelle Vielfalt ist zudem ein Fundament der demokratischen Stadtgesellschaft, sie ermöglicht Kommunikation, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstvergewisserung in einer sich rasch wandelnden Welt.

Die städtischen Kultureinrichtungen haben daher den Auftrag, zu allererst ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region vorzuhalten.

Daher wird die SPD dafür Sorge tragen, dass das vielfältige und hochwertige Kulturangebot auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiter gepflegt wird. Die SPD steht für den Erhalt des Drei-Sparten-Theaters und unterstützt das Theater in seinem Bemühen, sich sehr viel stärker als in der Vergangenheit gegenüber der Stadt zu öffnen. Die Aktivitäten des Stadttheaters zum Aufbau eines Kinder- und Jugendtheaters im Pferdestall werden ausdrücklich begrüßt.

Bei dieser Hinwendung zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche darf aber nicht aus den Augen verloren werden, dass das Kulturangebot gerade für Seniorinnen/Senioren eine besondere Rolle bei der Entscheidung spielt, in der Stadt zu wohnen, zu bleiben oder sogar in die Stadt zurückzukehren. Die SPD wird darauf achten, dass das kulturelle Angebot für alle Altersgruppen attraktiv bleibt.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum ist als nationales Museum ein wichtiger Baustein für den Tourismus und präsentiert gleichzeitig aber auch die maritime Tradition unserer Stadt. Die Renovierung und Erweiterung des DSM und die Neugestaltung der Ausstellung sind wichtige Maßnahmen, die nicht nur vom Bund, sondern auch vom Land und von der Stadt unterstützt werden müssen.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt verlangt aber, dass auch im Kulturbereich geprüft wird, wie man zu einer Stabilisierung der Ausgaben gelangen kann. Alle Kultureinrichtungen müssen sich auf ihre jeweiligen Kerngeschäfte konzentrieren, Überschneidungen von Angeboten darf es nicht mehr geben. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, welche organisatorischen Maßnahmen einen besseren Mitteleinsatz ermöglichen.

Unter dem Gesichtspunkt knapper werdender Finanzen wollen wir prüfen, inwieweit eine Strukturveränderung dazu beitragen kann, das vielfältige Angebot des Stadttheaters zu erhalten.

Zur Verbesserung der Einnahmenseite ist zu prüfen, ob durch bessere Öffentlichkeitsarbeit der Kultureinrichtungen mehr Besucher gewonnen werden können.

Die Aufnahme der großen kulturellen Einrichtungen wie Stadttheater, Kunstmuseum oder Historisches Museum in die Tourismuswerbung ist ein wichtiger Schritt, um bei noch mehr Besuchern Interesse für die Stadt zu wecken und so die Einnahmen zu erhöhen.

Das kulturelle Angebot wird in hohem Maße auch durch private Initiative und privaten finanziellen Einsatz unterstützt. Dieses private Engagement muss sichtbarer gemacht werden. Gleichzeitig sind kommunale und private Fördermaßnahmen aufeinander so abzustimmen, dass das kulturelle Angebot davon profitiert.

„Eine Stadt für Alle“ – Bürgerbeteiligung, Stärkung demokratischer Strukturen

Neben gesetzlich vorgeschriebener Bürgerbeteiligung z.B. bei Bauleitplanungen wollen wir freiwillige Formen der Bürgerbeteiligung einführen bzw. erproben. Mit dem Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) wurde Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt erstmals die Möglichkeit gegeben, sich direkt an der Umsetzung kleinerer Projekte im Bereich von Arbeitsmarkt, Soziales, Jugend, Kultur und Sport sowie Selbsthilfe zu beteiligen. Ziel dieses Programms ist es, den sozialen Zusammenhalt und die Vernetzung zu fördern. In den Jahren 2009 und 2010 konnte das Programm bekannt gemacht und mit fast 400 bewilligten Projekten erfolgreich umgesetzt werden.

Das Programm soll weitergeführt, die Entwicklungsprozesse in den Stadtquartieren damit unterstützt und begleitet werden sowie neue Akteure an der Bürgerbeteiligung gewonnen werden.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dazu werden wir die Antrags- und Zustimmungsquoren für den Bürgerentscheid senken. Ebenso wollen wir den Umfang der Gegenstände, die einem Bürgerbegehren zugänglich sind neu regeln.

1. Stärkung der Rechte der Stadtverordneten

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind die direkt gewählte Vertretung der Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger. Sie kontrollieren die Arbeit des Magistrats und der Stadtverwaltung. Wir wollen prüfen, inwieweit die Rechte der Stadtverordneten z.B. durch Übernahme der Vorsitze in den Ausschüssen erweitert werden können.

2. Gleichstellung

Die SPD hat für die Gleichstellung von Männern und Frauen in den vergangenen Jahren viel erreicht. Trotzdem finden Frauen und Männer unterschiedliche gesellschaftliche Voraussetzungen bei der Verwirklichung individueller Chancen zur sozialen, wirtschaftlich und politischen Teilhabe vor.

Wir begreifen Gleichstellungspolitik als echte Querschnittsaufgabe. Folgende Ziele stehen im Fokus der Gleichstellungspolitik der SPD:

- Mehr Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten
- Zielvereinbarungen werden um den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit erweitert
- Beschäftigung und Ausbildung von Frauen in Berufsfeldern der neuen Technologien
- Jungen- und Mädchenprojekte zur Lebensplanung, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden
- Maßnahmen zur Erweiterung der Berufswahlperspektive für Jungen und Mädchen
- Geschlechtergerechte Datenerhebung wo der Magistrat Einfluss hat

Finanzen

Die Stadt Bremerhaven hat, wie viele andere Kommunen in der Republik, mit großen finanziellen Problemen zu kämpfen. Fehlende Einnahmen, Investitionen zur Überwindung unserer Strukturschwäche, steigende Sozialausgaben und neue Aufgaben durch Bundesgesetze sind auch in Bremerhaven für die Finanznot verantwortlich.

Das Land Bremen hat sich im Rahmen der Föderalismusreform 2 verpflichtet, die Neuverschuldung bis 2020 auf Null abzusenken. Der Senat erwartet von Bremerhaven für unseren Haushalt in gleicher Weise zu verfahren. Dies bedeutet nach bisherigen Berechnungen ein jährliches Einsparvolumen von 12 bis 14 Millionen Euro.

Ohne eine Verbesserung der kommunalen Einnahmen und vor allem eine Kostenentlastung der Kommunen durch Bund und Länder wird diese Einsparung nur durch erhebliche Kürzung der kommunalen Leistungen und durch erhebliche Personalreduzierung möglich sein.

Die SPD spricht sich gegen die von CDU und FDP geplante Abschaffung der Gewerbesteuer aus. Wir setzen uns mit anderen Kommunen für eine Kostenentlastung insbesondere bei der Grundsicherung, den Kosten der Unterkunft für ALG 2 Bezieher, bei der Betreuung der Kinder in den Kitas und Krippen und bei der Finanzierung der Ganztagschulen ein. Bremerhaven erwartet vom Senat, dass die höheren sozialen Kosten, bedingt durch die höhere Arbeitslosigkeit, zu einer Verringerung der Einsparquote für den Stadthaushalt führt.

Auch wenn es gelingt, diese Kostenentlastungen zumindest teilweise zu erreichen, werden wir in Bremerhaven eigene Sparanstrengungen unternehmen müssen. Wir werden die eigenen Einnahmeverbesserungsmöglichkeiten prüfen und sozialverträglich umsetzen. Neue kommunale Aufgaben oder Erweiterung bestehender

Angebote bedürfen künftig einer besonderen Prüfung und sind mit einem Deckungsvorschlag zu versehen. In Bremerhaven sollen, nach Vorgaben der Finanzsenatorin, die Personalausgaben jährlich nur um 1% steigen. Dies ist ohne Personalabbau nicht zu erreichen. Daran sind alle Magistratsressorts zu beteiligen. Die SPD wird hierbei nicht nach dem Rasenmäherprinzip vorgehen, sondern, unter Beteiligung der Arbeitnehmervertreter, aufgabenkritisch handeln. Dieser Überprüfung müssen sich auch die städtischen Gesellschaften unterziehen. So wollen wir prüfen, ob sich bei der Leitung städtischer Gesellschaften, wie BEAN, Time-Port, BRIG und Bio-Nord Synergieeffekte erzielen lassen. Die Leitung von Time-Port, BRIG und BIO-Nord soll künftig aus einer Hand erfolgen. Doppelstrukturen bei Gesellschaften, Eigenbetrieben und städtischen Ämtern sollen abgebaut werden.

Bei allen notwendigen Sparmaßnahmen gilt für die SPD: Bremerhaven muss lebenswert und attraktiv bleiben. Wir brauchen eine gute Versorgung mit Betreuungsangeboten für unsere Kinder bis 6 Jahre, gute Schulen sind für Bremerhaven unverzichtbar. Lebensqualität für die Bremerhavener wollen wir auch zukünftig durch Kulturangebote, Sportmöglichkeiten und gutes Wohnen und Leben in unseren Stadtteilen sicherstellen. Menschen ohne Arbeit können sich auch künftig unserer Unterstützung sicher sein. Sozialen Kahlschlag wird es mit der SPD nicht geben.

Eine Stadt für alle!



Brigitte Lückert

Kommunalwahl Liste 1 - Platz1



Jörn Hoffmann

Liste 01 - Platz 02



Martina Kirschstein-Klingner

Liste 1 – Platz3



Artur Beneken

Liste 1 – Platz 4



Sönke Allers

Liste 1 – Platz 5



Katja Rehe

Liste 1 – Platz 6



Joachim Haase

Liste 1 – Platz 7



Rita Pein

Liste 1 – Platz 8



Uwe Parpart

Liste 1 – Platz 9

Eine Stadt für alle!



Karsten Behrenwald

Liste 1 – Platz 10



Marika Büsing

Liste 1 – Platz 11



Torsten von Haaren

Liste 1 – Platz 12



Herta Schneider

Liste 1 – Platz 13



Kevin Lenkeit

Liste 1 – Platz 14



Uwe Schmidt

Liste – Platz 15



Horst Geruschke-Cordes

Liste 1 – Platz 16



Dr. Marcus Kahrs

Liste 1 – Platz 17



Sven Hemme

Liste 1 – Platz 18

Eine Stadt für alle!



Claus-Heiner Ohmstedt

Liste 1 – Platz 19



Peter Borchert

Liste 1 – Platz 20



Michael Bühre

Liste 1 – Platz 21



Timo Hörske

Liste 1 – Platz 22



Karlheinz Michen

Liste 1 – Platz 23



Björn Rosenberg

Liste 1 – Platz 24